Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 6

Artikel: Warschau ist nicht Prag

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076509

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

9. Jahrgang Nr. 6 Erscheint alle zwei Wochen Bern, 20. März 1968

In dieser Nummer

Aus der Geschichte der KP Rumäniens 2/3

Beginn einer Serie über den nationalen Weg der Kommunisten Rumäniens.

Rohstoffe im Comecon 4/5

Die UdSSR beherrscht den Rohstoff- und Energiemarkt Osteuropas, aber sie ist dabei gar nicht so zufrieden, weil der Tausch gegen Verarbeitungsprodukte zu wenig profitabel ist.

Die KPs Lateinamerikas 6–8

In Warschau ist eine gewertete Zusammenstellung über die kommunistischen Parteien in der Welt erschienen, woraus sich Rückschlüsse auf Zugehörigkeiten oder Abneigungen ziehen lassen.

Kybernetik, Rechtswissenschaft und Kriminalistik 9/10

Warschau ist nicht Prag

Wenn parallele Vorkommnisse unter verschiedenartigen Vorzeichen stehen, dann bedeuten sie auch etwas anderes.

In der Tschechoslowakei haben Studenten die Amtsenthebung von Präsident Novotny verlangt und Kränze auf das Grab des letzten vorkommunistischen Aussenministers, Jan Masaryk, gelegt. In Polen haben in einigen Städten Studenten gegen die massive geistige Bevormundung in ihrem Land demonstriert.

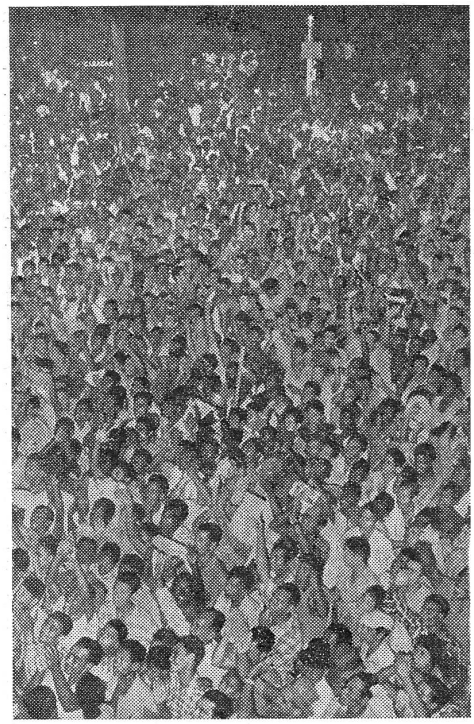
Nun mag das Drängen nach vermehrter Freiheit innerhalb eines kommunistischen oder sozialistischen Staates das gleiche sein. Aber die Umstände sind nicht die gleichen. Das jetzige, wie auch schon das frühere Verhalten der Studenten in der Tschechoslowakei ist und war in eine gleichlaufende Evolution eingebettet, die vor fünf Jahren mit allmählichem, aber anhaltendem Erfolg eingesetzt hat und zu Beginn dieses Jahres eine schon fast revolutionäre Beschleunigung erhielt. In Polen entsprach die studentische Rebellion einem episodischen Aufbäumen gegen das seit Jahren betriebene systematische Abwürgen der kleinen Freiheit, das seit zehn Monaten schon fast die Charakteristika einer akuten Re-Stalinisierung aufweist.

Noch weiss man natürlich nicht, wie die Sache in der Tschechoslowakei weitergehen wird. Was jedoch heute stattfindet, ist neben der Ablösung der stalinistischen oder parastalinistischen alten Garde ein Siegeszug demokratischer Gedanken. Und gerade dieser kommt nicht von ungefähr, sondern krönt gewissermassen einen Emanzipationsprozess, den schon das Regime Novotny das Verdienst oder die Schwäche hatte, im grossen und ganzen zuzulassen, trotzdem es gewiss weder an Bremsversuchen noch an Repressalien gefehlt hatte. Zu einer Häufung der Unterdrückungsmassnahmen kam es eigentlich erst 1967, und diese waren im Grunde genommen bereits die Defensivreaktion eines Regimes, das sich durch die allgemeine und nachgerade überaus artikulierte Auflehnung bedroht fühlte. Zu Recht übrigens, wie sich erweisen sollte

Wenn es einem auch von Herzen widerstrebt, eine Parallele zwischen inhaltlich entgegengesetzten Dingen zu ziehen, so wehrten sich doch in jener Phase die Leute um Novotny mit Verzweiflung gegen den Verlust ihrer Position, so wie sich jetzt die polnischen Studenten gegen den Verlust der geringen Positionen gewehrt haben, die ihnen von jenem zwölf Jahre zurückliegenden «polnischen Oktober» geblieben sind. Wie gesagt, inhaltlich sind die Dinge so grundverschieden, wie es die Positionen von Regierenden und Regierten in solchen Staaten nur sein können. Aber Novotny musste im letzten Herbst gegen den Strom schwimmen, und die polnischen Studenten mussten in diesem Frühling gegen den Strom schwimmen. Weil die Strömung in der CSSR und in Polen eben umgekehrt lief. In einem Falle gewissermassen von Stalin weg zur Demokratie hin, im andern Falle gewissermassen von der Demokratie weg zu Stalin hin. Wobei es um Ueberreste dieser Begriffe ging, besonders im Falle Polens, wo es die Demokratie schon längst nicht mehr gab, auch nicht im relativen Rahmen der «sozialistischen» Möglichkeiten unmittelbar nach 1956. Anderseits war auch die Tschechoslowakei der letzten Jahre trotz ihrer stalinistischen Führungskräfte keineswegs mehr stalinistisch gewesen.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Studentenparlament der Technischen Hochschule von Gdansk. «Der Polnische Studentenverband ist eine Massenorganisation, die die Tätigkeit der akademischen Jugend Polens zusammenfasst und ihr eine nützliche und zweckdienliche Ausrichtung gibt.» So schrieb Warschaus zur Auslandswerbung bestimmte Monatszeitschrift «Polen» in ihrer Februarnummer dieses Jahres. Die nützliche und zweckdienliche Ausrichtung des Verbandes hat inzwischen nicht zu verhindern vermocht, dass die weniger ausgerichtete Haltung der Studenten offenkundig wurde.



Sind die Massen aktionstauglich? «Ja», sagt Moskau, «nein», sagte Che Guevara.

Panama

Die Volkspartei von Panama entstand 1943 auf der Basis der KP von Panama, die 1925 gegründet wurde. Seit 1950 ist sie illegal. Ihr Präsident ist Hugo Vuctor, Generalsekretär ist Vincente Tello. Sie veröffentlicht eine theoretische Zeitschrift «El Mazo».

Die Partei hat den Imperialismus zum Hauptfeind des Volkes erklärt. Als Hauptaufgabe des nationalen Kampfes sieht sie den Sturz der Herrschaft der Oligarchie und die Schaffung einer nationalen volksdemokratischen Regierung. Gegenwärtig kämpft die Partei zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften dafür, dass Panama nicht zu einer nordamerikanischen Kolonie erniedrigt wird. Sie entlarvt den Sinn der Verhandlungen mit den USA im Zusammenhang mit dem Ausbau des neuen Kanals durch Panama. Dies sei die Vorbereitung eines Statutes nach dem Muster von Puerto Rico («Statut des affilierten freien Staates»).

Paraguay

Die KP von Paraguay wurde 1933 errichtet. 1947 wurde sie verboten, 1960/61 nahm sie an der Partisanenbewegung teil. Sie gibt die Tageszeitung «La Unidad Paragruaya» und die Zeitschrift «Adelante» heraus. Generalsekretär ist Antonio Maidana (er befindet sich seit zehn Jahren im Gefängnis).

«Das wichtigste Problem», heisst es im Parteiprogramm, «ist die Befreiung des Landes von der fremden Macht, besonders von der USA-Herrschaft». Die Partei rief 1963 das Volk zum bewaffneten Aufstand gegen die Diktatur von General Stroessner auf.

Peru

Die peruanische KP entstand 1928, 1948 wurde sie verboten, 1956 wurde sie erneut erlaubt und 1957 wieder verboten. Generalsekretär ist Raul Acosta Salas. Presseorgan ist die Monatszeitschrift «Unidad». Der 4. Parteikongress im Jahre 1962 wies auf die Notwendigkeit hin, die Methoden des politischen und bewaffneten Kampfes zur Machtübernahme zu verbinden. Der Kongress warnte jedoch davor, dass die Erfahrungen der Partisanenkämpfe nach Peru übertragen werden. 1963 begann eine Spaltergruppe, Paradesa-Iotomayora, aktiv zu werden. Sie lehnte die Parteilinie für die Zusammenarbeit mit der internationalen kommunistischen Bewegung ab. In Peru werden sporadische Versuche unternommen, einen bewaffneten Kampf zu organisieren, unter anderem von FAR (Aufständische Streitkräfte).

Puerto Rico

Die KP von Puerto Rico wurde 1934 gegründet. Formell ist sie legal, wurde jedoch verfolgt und muss unterirdische Arbeit leisten. Präsident ist Juan Santos Rivera. Presseorgan ist «Vangardia».

Salvador

Die KPS entstand 1930. 1946—1948 arbeitete sie halblegal, dann wurde sie verboten. Ihr Presseorgan ist «La Verdad». Die KPS ist der Meinung, dass die Salvadorer Revolution eine demokratische, antifeudale und nationale Befreiungsrevolution sein muss.

Uruguay

Die KPU entstand 1920. Sie ist legal, zählt 10 000 Mitglieder und ist Mitglied der 1962 errichteten Linken Front für Befreiung (FJDEL), welche in der Abgeordnetenkammer 3 und im Senat einen Abgeordneten hat. Erster Sekretär des ZK ist Rodney Arismendi. Presseorgan: «El Popular» (Tagesblatt) und die theoretische Zeitschrift «Estiudas». Die Partei hat grossen Einfluss in der Gewerkschaftsbewegung, unter den Studenten und den Intellektuellen. Sie hat täglich zwei Radiosendungen. Ein Erfolg der Tätigkeit der KPU ist die Schaffung einer einheitlichen Zentralstelle der Gewerkschaften (1961). Die KPU sieht in ihrem Programm die sozialen Umgestaltungen im Rahmen einer Agrarrevolution und antiimperialistischen Revolution vor. Es gibt in Uruguay sechs kleine sektiererische, ultralinke Gruppen.

Venezuela

Die KPV entstand 1931. Die endgültige Gestalt erhielt sie an der nationalen Konferenz von 1937. In den Jahren 1948—1958 arbeitete sie illegal. 1959 zählte sie zirka 25 000 Mitglieder. An den Parlamentswahlen 1958 erhielt die KPV 161 000 Stimmen und drei Plätze im Senat sowie sieben Mandate in der Abgeordnetenkammer. 1962 wurde sie erneut verboten. 1963 schloss sie sich der Front der nationalen Befreiung (FLN) an, welche eigene bewaffnete Einheiten schafft (FALN) und einen Partisanenkampf führt. Generalsekretär ist Jesus Faria. Presseorgan: «El Popular» (Wochenblatt).

In letzter Zeit hat sich die Spaltung zwischen der KPV und der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) sowie dem Vereinigten Komitee der FLN (FALN) vertieft, und zwar im Zusammenhang mit der Frage der Wege des revolutionären Kampfes. Die KPV setzt sich für die Verbindung der Methoden des friedlichen, politischen und legalen Kampfes mit dem bewaffneten Kampf ein. Die Leiter von MIR und FALN anerkennen das Primat des bewaffneten Kampfes und lehnen die Führungsrolle der KPV ab. ■

Warschau ist nicht Prag

(Fortsetzung von Seite 1)

Man braucht nicht so deterministisch zu tun, die Ereignisse in der CSSR als zwangsläufig zu betrachten (und ihre bisherigen Resultate stehen auch noch keineswegs als gesichert da). Es hätte vielleicht nur wenig (z. B., wie man so hört, eine von Novotny rechtzeitig eingesetzte Division) gefehlt, um sie zu verhindern oder mindestens für sehr lange aufzuschieben. Und es genügt, an die sowjetische Macht zu denken, um auch jetzt noch nicht in überbordenden Optimismus zu machen, ganz abgesehen von allen Schwierigkeiten, die dem Versuch innewohnen, Demokratie und kommunistisch verstandenen Sozialismus vereinbar zu machen. (Man könnte ihn natürlich auch weiterhin kommunistisch nennen, ohne ihn kommunistisch zu verstehen; manches weist tatsächlich in diese Richtung.) Aber bei alledem und allen weiteren möglichen Einschränkungen hat die Entwicklung dieser letzten drei Monate ihre Folgerichtigkeit, wenn man sie an der Entwicklung der letzten fünf Jahre misst.

Denn zwischen 1963 und 1967 ist in der Tschechoslowakei die Saat gesät worden, die jetzt mit scheinbarer Plötzlichkeit aufgegangen ist. Die tatsächliche Entstalinisierung begann dort später, weil man sich ihr oben widersetzte, aber sie war dann um so wertvoller, weil sie «von unten her» schrittweise (jeweils einen Schritt zurück und zwei vor — ganz nach leninistischer Empfehlung) durchgesetzt wurde. In Ungarn sollte sich die damals geltende Lösung Kadars «Wer nicht gegen uns ist, ist für uns» später als taktisches Manöver erweisen, aber in der CSSR waren die Errungenschaften der Liberalisierung deshalb nachhaltiger, weil sie nicht von den Regierenden als Mittel zum Zweck dekretiert, sondern von den Regierten ertrotzt wurden.

In der Tschechoslowakei gingen die Impulse von den reformbedürftigen Kreisen der Wirtschaft und von den freiheitsbedürftigen Kreisen der Kultur aus. Dann griffen sie immer weiter um sich und immer weiter hinauf. Höhere Parteigremien wurden im Verlaufe der Bewegung teils infiltriert und teils überzeugt. Im Zentralkomitee sassen neben der Phalanx der «Dogmatiker» Leute wie Professor Goldstückler oder der Schriftsteller Jan Prochazka, Vertreter des Trends zur Meinungsfreiheit. Aus jeder erworbenen Position ergab sich ein Ansatzpunkt zur nächsten Eroberung. Die ganze Zeit über blieben die diktatorischen Strukturen bestehen, verloren aber laufend an Funktionstüchtigkeit. Auch der Wechsel zu Beginn dieses Jahres fand in ihrem Rahmen statt, aber bereits gegen ihren Sinn.

Rebellierenden Kreisen in Polen fehlen alle diese Ansatzpunkte. Sie stehen einer zusehends verschlossener gewordenen Machtstruktur gegenüber, auf die sie keinerlei Einwirkungsmöglichkeit haben, und heute noch weniger als gestern. Gewiss, es gibt Machtkämpfe in der Parteispitze, aber das ist nur ein Seilziehen zwischen Machtgruppen, von denen keine daran denkt, etwa Meinungsfreiheit zuzulassen. Und in Polen ist das sowjetische Interventionspotential eine permanente Institution. Deshalb verhallt die Stimme der polnischen Studenten an den Wänden des Innenministeriums. Es sei denn, dass sie wenigstens ein Echo bei den westlichen Kommilitonen fände. Aber das würde mich wundern. *cb*